

# Sogenannte Flüchtlinge!



✘ Aktuell dringen jeden Tag 2.500 Mann über die Grenze nach Deutschland ein, fast alle aus Schwarzafrika. Die Regierungspropaganda bezeichnet diese Menschen pauschal als „Flüchtlinge“, obwohl die Regierung zum Zeitpunkt des Grenzübertritts weder Namen noch Herkunftsländer dieser Leute kennt. Ob es sich bei diesen 2.500 also wirklich um Flüchtlinge handelt, kann sie gar nicht wissen. Sachlich richtiger wäre es daher, von „mutmaßlichen Flüchtlingen“ oder „sogenannten Flüchtlingen“ zu sprechen. Leider wird der pauschale Propagandabegriff „Flüchtlinge“ – ähnlich wie das ebenfalls undifferenzierte „Einwanderer“ bzw. „Migrant“ – auch in konservativen Kreisen immer häufiger ohne diesen wichtigen sachlichen Zusatz („sogenannte“, „mutmaßliche“, „vorgebliche“) verwendet. Ein Plädoyer für eine Rückkehr zu mehr sprachlicher Objektivität.

*(Von C. Jahn)*

Zielsetzung jeder amtlichen Propaganda war es schon immer, vielschichtige Sachverhalte sprachlich so zu vereinfachen, dass eine objektive Differenzierung nicht mehr stattfindet. Nicht mehr Sachlichkeit und Ausgewogenheit sind Ziel der öffentlichen Kommunikation, sondern im Gegenteil eine möglichst tendenziöse, schlagwortartige Redeweise: Im Idealfall sollen sich in der Alltagssprache der Bürger Wortwahl und Gedankengut der Regierung exakt widerspiegeln. Dieses Ideal gilt besonders für scheinsachliche, tatsächlich aber gezielt abwertend (pejorativ) oder aufwertend (affirmativ) verwendete Begriffe, die nur dem Zweck dienen,

Gegner bzw. Günstlinge der Regierung zu charakterisieren und so die politische Stoßrichtung in die bürgerliche Alltagssprache zu übertragen.

Ein gutes Beispiel für solche schein sachlichen, tatsächlich aber gezielt abwertenden Begriffe ist das der AfD üblicherweise vorangestellte „rechtspopulistisch“ – eindeutig eine pejorative Charakterisierung. Das Wort ist schein sachlich, da „populistisch“ zwar objektiv den Volkswillen bezeichnet und dies im Fall der AfD nicht falsch ist. Zugleich aber ist der Begriff tendenziös abwertend: „Populismus“ steht per Definition für einen vereinfachten, vorschnellen und unüberlegten Volkswillen, das Wort hat daher einen ganz klar negativen Beiklang. Diese negative Konnotation ist politisch gewollt: Einen „vereinfachten“ Volkswillen könnte man ja jeder anderen Partei ebenfalls unterstellen („Atomkraft, nein danke!“, „Refugees welcome!“ etc.), da Parteien ja alle gleichermaßen keine akademischen Doktorandenseminare sind, sondern grundsätzlich komprimierte Botschaften aussenden, um sich im Meinungswettbewerb Gehör zu verschaffen. Dennoch – und daher mit eindeutig propagandistischer Absicht – erfolgt die pejorative Abwertung nur im Fall der AfD als dem wichtigsten innenpolitischen Gegner der Regierung.

Günstlingen der Regierung wird hingegen in der Propagandasprache eine affirmative, also aufwertende Charakterisierung zuteil. Zu den bekanntesten Beispielen zählen die üblicherweise gänzlich undifferenziert verwendeten Begriffe „Flüchtlinge“ und „Einwanderer“. Wie ist es möglich, dass die Regierung bei 2.500 Mann pro Tag schon zum Zeitpunkt des Grenzübertritts genau weiß, dass es sich bei diesen Leuten um „Flüchtlinge“ handelt? Dies wäre allein dann der Fall, wenn es sich bei diesen 2.500 Mann um ein von der UNO amtlich als „Flüchtlinge“ ausgewiesenes Kontingent handeln würde. Dass dies aber nicht so ist, da sogar bekannt ist, dass sich jede x-beliebige Person auf der ganzen Welt die Überfahrt von

Ägypten nach Italien für 5000 Euro kaufen kann, ist die pauschale Anwendung des Begriffes „Flüchtlinge“ auf die eintreffenden 2.500 Mann sachlich nicht angemessen. Vielmehr handelt es sich um eine ganz bewusste propagandistische Verzerrung der Gegebenheiten durch die Regierung: Die Deutschen sollen fälschlicherweise glauben, es handele sich bei diesen 2.500 Leuten tatsächlich um „echte Flüchtlinge“, da sie sonst vermutlich nicht bereit wären, ein Fünftel ihrer monatlich vom Gehaltszettel abgezogenen Steuern diesen völlig unbekanntem Leuten aus Schwarzafrika (und anderen von sonstwoher, die bei uns seit Jahren dank zweifelhafter Aufenthaltsrechte wohnen dürfen) zu schenken.

Genau denselben affirmativ-aufwertenden Kunstgriff in der Propagandasprache beobachten wir auch beim Begriff „Einwanderer“. Dieses Wort ersetzte nach der Masseneinbürgerung von Gastarbeitern durch Kanzler Schröder (1998) etwa um die Jahrtausendwende das in der amtlichen Propaganda zuvor übliche und sachlich deutlich angemessenere „Gastarbeiter“ – so hatte man das den Deutschen ja jahrzehntelang versprochen. Die meisten dieser sprachlich zu „Einwanderern“ umgetauften Personen – wir wissen dies aus den Statistiken von Sarrazin – sind aber in Wahrheit schon deshalb keine tatsächlichen „Einwanderer“, weil sie gar nicht in der Lage wären, sich bei uns selbständig zu ernähren. Würde die Regierung diese Leute nicht jahraus, jahrein für bloße Anwesenheit in Deutschland bezahlen, müsste der Großteil dieser Leute notgedrungen wieder auswandern, da in Deutschland aus eigener Kraft nicht überlebensfähig.

Leider finden sich derart tendenziöse, gezielt verfälschende Propagandabegriffe wie „Flüchtlinge“, „Einwanderer“, „Migrant“ (hat die Person tatsächlich eine Genehmigung zu dauerhafter Immigration?) zunehmend auch in der Alltagssprache konservativer und freiheitlicher Kreise, vielleicht aus Bequemlichkeit. Was also tun?

Grundsätzlich sollte man sich als politisch verantwortlicher

Bürger stets um eine sachliche Ausdrucksweise bemühen, jegliche Regierungspropaganda ist abzulehnen. Da Regierungspropaganda aber vom Kindergarten bis zur Hochschule, in Fernsehen, Radio und Druckpresse, allgegenwärtig ist – die Bunte Republik unterscheidet sich in dieser Hinsicht in keinsten Weise von den Zuständen im Drittem Reich und in der DDR – erfordert das Bemühen um sprachliche Sachlichkeit eine gewisse persönliche Anstrengung: Man muss sich bewusst mit seiner Sprechweise auseinandersetzen.

Es gibt zwei einfache Möglichkeiten, um in seiner eigenen Alltagssprache zu einer objektiv-sachlichen Ausdrucksweise zurückzufinden:

Zum einen sollten jegliche Begriffe der Regierungspropaganda nur mit objektiv einschränkenden Zusätzen verwendet werden – so kommt man der Realität schnell ein gutes Stück näher. Aus dem pauschalen, undifferenzierten „Flüchtlinge“ für alle ausländischen Staatsangehörigen, die nach ihrer Anreise mit dem Fährdienst auf dem Mittelmeer die deutsche Landesgrenze überschreiten, sollte daher grundsätzlich das differenzierende „sogenannte Flüchtlinge“ werden. Mit diesem Begriff liegt man in der Sache immer richtig: Die eindringenden Menschenmassen aus Afrika werden ja von der Regierung tatsächlich „so genannt“. Ebenso angemessen bieten sich die einschränkenden Zusätze „mutmaßliche“, „vorgebliche“ und sicher auch „angebliche Flüchtlinge“ an. Es ist ja zunächst einmal nichts als eine bloße Vermutung, dass es sich bei den 2.500 Mann an der Grenze wirklich um Flüchtlinge handelt – es könnten ja auch Leute sein, die einfach nur genug Geld für das Ticket hatten. Zudem geben jede Menge dieser Leute in bekanntlich lügnerischer Art und Weise vor, Flüchtlinge zu sein, sind es aber gar nicht: sie sind somit richtigerweise „vorgebliche“ und „angebliche“ Flüchtlinge.

Ähnliche Sorgfalt der eigenen Ausdrucksweise ist auch bei der Verwendung von Propagandabegriffen wie „Einwanderer“ und „Migrant“ angebracht. Sprachlich sauber sind es grundsätzlich

„sogenannte Einwanderer“, solange aus dem Kontext nicht eindeutig hervorgeht, ob sich die betreffenden Personen in Deutschland selbst ernähren können oder ob es sich faktisch nur um mit Steuergeldern bezahlte staatliche Angestellte handelt, die als dekorative Statisten des Projekts „Bunte Republik“ unsere Städte durchwandeln. Es sind grundsätzlich „sogenannte Migranten“, solange aus dem Kontext nicht eindeutig hervorgeht, dass die betreffenden Personen eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung besitzen und somit berechtigt zu tatsächlicher „Immigration“ sind. Besitzen sie sie nicht, sind sie objektiv einfach ausländische Staatsangehörige, also: „Ausländer“.

Zum anderen steht es natürlich jedem frei, auf die amtlichen Propagandabegriffe ganz zu verzichten und statt dessen in der Sache zutreffendere eigene Begrifflichkeiten zu verwenden.